

ÖJZ aktuell 629

Beiträge

→ Unrechtsbewusstsein als Tatbestandsmerkmal des § 870 ABGB 633

Die Anfechtung wegen listiger Irreführung vor dem Hintergrund der Vorsatztheorie

§ 870 Fall 1 ABGB eröffnet eine gegenüber § 871 ABGB erweiterte Anfechtungsmöglichkeit, wenn der Vertragspartner des Irrenden diesen vorsätzlich in die Irre geführt hat. Während mittlerweile anerkannt ist, dass nicht nur das Wissen um die Irreführung, sondern auch das entsprechende Wollen notwendiger Teil des Listvorsatzes ist, wurde das Unrechtsbewusstsein als möglicher weiterer Teil dieses Vorsatzes bisher noch nicht untersucht. Da zumindest der schadenersatzrechtliche Vorsatz mehrheitlich im Lichte der Vorsatztheorie ausgelegt wird – das Fehlen von Unrechtsbewusstsein also die Vorsatzschuld iSd § 1294 ABGB entfallen lässt –, hat man sich die Frage zu stellen: Ist die Anfechtung gem § 870 ABGB gerechtfertigt, wenn der Gegner des Irrenden glaubte, mit seiner List nicht Unrecht zu tun? Den Weg zur methodengerechten Beantwortung dieser Frage muss zum einen dasjenige Vorsatzverständnis weisen, von dem die Redaktoren der Erfassung des ABGB und der dritten Teilnovelle beeinflusst waren. Zum anderen sind das telos der (im Verhältnis zu § 871 ABGB erweiterten) Anfechtungsmöglichkeit gem § 870 ABGB und die angemessene Rechtfertigung für diese weitgehende Anfechtungsmöglichkeit beim Gegner des Irrenden zu suchen. Jedenfalls in einem Großteil der Fälle kann die Vorsatztheorie bei § 870 ABGB mediatisiert durch eine entsprechende Vermutung bzw ein Evidenzkriterium Anwendung finden.

Von Ludwig Schmid

→ Zum Parteienantrag auf Normenkontrolle 640

Ein Überblick über die Rechtsprechung des VfGH zu den Antragsvoraussetzungen

Seit 1. 1. 2015 haben Parteien eines ordentlichen Gerichtsverfahrens die Möglichkeit, Normprüfungsanträge an den VfGH zu stellen. Im Beitrag wird die Rechtsprechung des VfGH zu den Antragsvoraussetzungen dargestellt, die durch die Tendenz gekennzeichnet ist, im Auslegungsweg, aber auch durch Aufhebung von Wortfolgen des VfGG den Anwendungsbereich des Normprüfungsantrags spürbar auszuweiten.

Von Juliana Spening

→ Auslegungsfragen bei der Nötigung 648

Überlegungen zur sogenannten Drittbeziehung und zum erforderlichen Zwang

Nötigen heißt nach hA, einen anderen zu einem ungewollten Verhalten zu zwingen. Wer durch einen Drohanruf einen Polizeieinsatz veranlasst, nötigt die Polizei nach Ansicht des OGH nicht, sondern löst nur die Pflicht zum Einschreiten aus. Da der OGH aber in ähnlichen Konstellationen eine Nötigung bejaht hat, wird dieser notwendige Zwang näher untersucht.

Von Klaus Schwaighofer

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 657

OGH 24. 3. 2017, 9 ObA 75/16v

92: Ist der Karfreitag ein Feiertag für alle?

→ Konsumentenschutzrecht 660

OGH 30. 1. 2017, 6 Ob 140/16f

93: Das gegenüber Konsumenten unbeschränkbare Leistungsverweigerungsrecht

Mit Anmerkung von Moritz Zoppel

OGH 26. 1. 2017, 3 Ob 237/16y 663

94: Messestand ist ein Geschäftsraum

Mit Anmerkung von Gundula Wenger-Haargassner

→ Schadenersatzrecht 666

OGH 26. 1. 2017, 2 Ob 50/16s

95: Direktklage, Unfallort Türkei

Mit Anmerkung von Alexander Wittwer

→ Schuldrecht	669
OGH 10. 2. 2017, 1 Ob 209/16 s	
96: Verkäufer haftet für Aus- und Einbaukosten bei Verkauf mangelhafter Steinplatten	
→ Verfahrensrecht	674
OGH 22. 2. 2017, 3 Ob 234/16 g	
97: Anwendbares Recht bei Unterhalt nach Übersiedlung ins Ausland	
<i>Mit Anmerkung von Claudia Rudolf</i>	
→ Wertpapierrecht	677
OGH 21. 2. 2017, 4 Ob 148/16 t	
98: Keine Wissenszurechnung im Haftungsverband für den Anleiheverkauf	
→ Strafprozessrecht	680
OGH 5. 4. 2017, 13 Os 11/17 t	
99: Opportunitätsprinzip	
OGH 5. 4. 2017, 15 Os 8/17 s	681
100: Beweisverbot	
OGH 4. 4. 2017, 14 Ns 14/17 w	683
101: Vorprüfung des Strafantrags	

EvBl-Leitsätze

→ Familienrecht	685
OGH 26. 4. 2017, 7 Ob 46/17 s	
105: Auftrag zur Teilnahme an Mediationssitzungen unzulässig	
→ Persönlichkeitsrecht	686
OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 231/16 p	
106: Kameraüberwachung: Verbotsberechtigung der juristischen Person	
→ Schadenersatzrecht	686
OGH 10. 2. 2017, 1 Ob 174/16 v	
107: Der Baustellenkoordinator haftet nicht gegenüber einem verletzten Selbständigen	
OGH 29. 3. 2017, 1 Ob 161/16 g	687
108: Der Pathologe ist Erfüllungsgehilfe des überweisenden Gynäkologen	
→ Schuldrecht	687
OGH 27. 2. 2017, 1 Ob 16/17 k	
109: Baustopp trifft – bei vertragsgemäß angebotener Leistung – den Besteller	
OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 58/16 x	687
110: Kein unbefristeter Umtausch für ungültig erklärter Briefmarken	
→ Urheberrecht	689
OGH 28. 3. 2017, 4 Ob 43/17 b	
111: Namensnennung des Fotografen in der Metadatei verpflichtet zur Herstellerbezeichnung	
→ Versicherungsvertragsrecht	689
OGH 29. 3. 2017, 7 Ob 98/16 m	
112: Anwendbarkeit der §§ 100 ff VersVG (für „Hypothekargläubiger“) auf feuerversicherte Superadifivate	
→ Zivilverfahren	690
OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 44/17 i	
113: Gerichtsstand der Honorarklage	
→ Strafprozessrecht	690
OGH 2. 3. 2017, 12 Os 100/16 x, 101/16 v	
114: Glaubwürdigkeit von Zeugen als Gegenstand der Mängelrüge	

OGH 21. 3. 2017, 11 Os 16/17p, 17/17k	690
115: Keine staatliche Aufsicht über Verteidigerverhalten	
OGH 4. 4. 2017, 14 Os 101/16h	691
116: Ausl Ermittlungen ohne österr Veranlassung kein Gegenstand von § 281 Abs 1 Z 2 StPO	

EuGH-Entscheidungen 691

Forum

→ Karfreitag: Feiertag für alle? – Oder doch nicht!	695
Anmerkung zu OGH 24. 3. 2017, 9 ObA 75/16v	
<i>Von Christoph Brenn</i>	
→ Wessen Ehegatten sind „deren“ Kinder?	696
<i>Von Johannes Oberlauer</i>	

Bericht

→ Sprache und Recht	697
<i>Von Robert Fucik</i>	

Jetzt/demnächst in Kraft 699

Kosten

→ Kostenseitig	700
<i>Von Josef Obermaier</i>	

Standards

→ Buchbesprechungen	697
→ Impressum	U2